



Hilmar von Lojewski, Dr. Timo Munzinger

Die geplante Stadt oder die Stadt als Planer?

Anforderungen der kommunalen Praxis an die Aus- und Weiterbildung in der Stadtentwicklung



Die Ausbildung der planenden Zunft befindet sich einmal mehr in einer intensiven Diskussion um die zukünftige Ausrichtung. Diese findet ihren Ausdruck beispielsweise in der „Kölner Erklärung zur Städtebauausbildung – Die Stadt zuerst!“, einem „Positionspapier zum Städtebau und zur Städtebauausbildung – 100 % STADT“, der „Aachener Polemik – ‚Lebendige Stadt oder ‚toter‘ Städtebau?“, die Erfurter Einladung zu einer neuen Diskussionskultur „Der Dialog zuerst!“, dem Aufruf „Der öffentliche Dienst braucht qualifizierte Führungskräfte – Referendariat Städtebau stärken“ sowie diversen weiteren Veröffentlichungen. Aber sind diese teilweise sehr überzeichnenden Beiträge tatsächlich hilfreich, um die Ausbildung der an der Stadtentwicklung Beteiligten qualitativ zu befördern? Benötigt es wieder den Stadtbauingenieur oder welche Kompetenzen sind heute in der Praxis aus Sicht der Städte tatsächlich gefragt?

Ausgangslage in den Städten

Zur Beantwortung dieser Frage bedarf es einer Betrachtung der Ausgangslage in den Städten. Es gilt somit der Frage nachzugehen: Welche Anforderungen stellt die Stadt an die Planungszunft? Bei der Suche nach einer passenden Antwort beginnt bereits die Herausforderung bei der Beantwortung nach der „richtigen“ Ausbildung. Städte – damals wie heute – weisen höchst unterschiedliche Ausgangslagen und Entwicklungstendenzen auf. Es dürfte Einigkeit darüber bestehen, dass Berlin, Hamburg, München und Köln – um bei den vier größten deutschen Städten zu bleiben – erhebliche Unterschiede in ihrem stadtstrukturellen Aufbau, dem Stadtbild, der prägenden Architektur, den topografischen Besonderheiten, der Boden- und ökologischen Beschaffenheit, ihrer Infrastrukturausstattung etc. aufweisen. Mit Blick auf die weit größere Anzahl von Klein-, Mittel- und Großstädten in Deutschland dürfte sich dieses Bild noch deutlich weiter differenzieren. Hinzu kommen die nicht zu unterschätzenden Auswirkungen der weltweit wirkenden Megatrends der nächsten Jahrzehnte. Beispielhaft können der strukturelle, wirtschaftliche, demografische, klimatische und gesellschaftliche Wandel angeführt werden. Die daraus resultierenden Veränderungen führen zu immer schnelleren baulichen und gesellschaftlichen Anpassungszyklen in den Städten. Anschaulich wird dies anhand eines Forschungsprojektes des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) zu den „möglichen räumlichen Auswirkungen von Online-Handel auf Innenstädte, Stadtteil- und Ortszentren“, welches im Zeitraum 2014–2016 durch das Difu und die BBE Handelsberatung durchgeführt

wird. Festzuhalten wäre somit, dass kleine wie große Städte weltweit einer zunehmend schnelleren Veränderung unterworfen sind und auch zukünftig sein werden.

Mit Blick auf die Bewohner als ein wesentlich prägendes Element der Städte und als Akteure der Stadtentwicklung lassen sich ebenfalls eindeutige Veränderungsmuster erkennen. Die Stadtgesellschaft wird individueller, internationaler, mobiler und zumindest in Deutschland je nach Prognose mal früher oder später älter, weniger oder auch mehr. Die Veränderungen in der Nachfrage, dem Verhalten und Ansprüchen an die städtische Umgebung haben einen klaren Zusammenhang zur städtebaulich gestalteten Umwelt. Wohnungsgrundrisse, Bewegungs- und Verhaltensmuster im öffentlichen Raum, Anforderungen an den Motorisierten Individualverkehr (MIV) und Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) sowie das Einkaufsverhalten ändern sich und erfordern kleinräumige Anpassungen.

Der gesellschaftliche, strukturelle, demografische und klimatische Wandel wirkt sich auf die Strategien und Ziele der Stadtentwicklung aus und findet seinen Niederschlag in gesamtstädtischen Entwicklungskonzepten, Fachkonzepten zum Einzelhandel, Wohnen oder zur Mobilität, einer Bauleitplanung im Spannungsfeld zwischen Bauplanungsrecht und Immissionsschutz bis hin zum energetisch korrekten Gebäude mit elektronischer Steuerung über das Smartphone. In der Konsequenz ergibt sich hieraus auch ein geändertes Anforderungsprofil an die bei der Stadtentwicklung beteiligten Fachleute.

Neben den Anforderungen der Stadt und deren Bewohner wären auch noch die der unterschiedlichen Berufsfelder und



Branchen zu nennen. Es dürfte nachvollziehbar sein, dass die Tätigkeit in einem immobilienwirtschaftlichen Gutachterbüro andere Vorkenntnisse erfordert als die von Angestellten eines Architekturbüros oder eines in der Verwaltung tätigen Stadtplaners. Auftraggeber und Verhandlungspartner sind heute oftmals Fonds- und Immobiliengesellschaften, Generalüber- und -unternehmer, Projektsteuerer oder im Gegensatz hierzu Anwohner, Bürgergruppen, Vereine etc. Die in der Planung Tätigen – unabhängig von ihrer Ausbildung als Raumplaner, Städtebauer, Architekt, Stadtplaner oder Landschaftsarchitekt – müssen sich somit in einem zunehmend differenzierten Umfeld von Stadt, Gesellschaft und Berufsfeldern zurechtfinden.

Ableitung von Anforderungen an die Ausbildung

Was bedeuten die zuvor dargelegten Erkenntnisse für die Ausbildung der Planerzunft? Offensichtlich gibt es nicht „die eine richtige“ Ausbildung.

Die Gedanken, welche im Leitbild der nachhaltigen europäischen Stadt im Jahr 2007 formuliert wurden, könnten einen möglichen Lösungsansatz aufzeigen. Auf Seite 2 der Leipzig Charta wird ausgeführt: „Wir brauchen mehr ganzheitliche Strategien und abgestimmtes Handeln aller am Prozess der Stadtentwicklung beteiligten Personen und Institutionen – auch über die Grenzen der einzelnen Städte und Gemeinden hinaus. Ob auf örtlicher, regionaler, nationaler und europäischer Ebene, alle Regierungsebenen tragen eine eigene Verantwortung für die Zukunft unserer Städte. Um diese Verantwortung auf den verschiedenen Regierungsebenen effektiv zu gestalten, müssen wir die sektoralen Politikfelder besser koordinieren und ein neues Verantwortungsbewusstsein für eine integrierte Stadtentwicklungspolitik schaffen. Wir müssen gewährleisten, dass alle, die an der Umsetzung der Ziele für eine nachhaltige Stadt arbeiten, die dafür erforderlichen und berufsübergreifenden Kompetenzen und Kenntnisse erwerben.“ (EU Ministerrat 2007)

Die Ausführungen deuten auf ein Team aus Experten hin, welche fach-, ressort- und raumübergreifend miteinander vernetzt sind. Integriertes Handeln benötigt sowohl den Fachexperten als auch den Organisator und Netzwerker. Insofern ist der Leitanspruch einzelner Fachdisziplinen wenig hilfreich, um einen integrierten Handlungsansatz zu befördern. Vielmehr bedarf es eines grundsätzlichen Verständnisses von Verfahren und Prozessen, um eine allgemein anerkannte Planungs- und Baukultur vor Ort zu erreichen.

Das Positionspapier des Deutschen Städtetags aus dem Jahr 2014 greift diese Aspekte von Planungs- und Baukultur im Zusammenspiel der unterschiedlichen Akteure so auf: „Planungs- und Baukultur umfassen sowohl quantifizierbare Themen wie Projektsteuerung, Bauabläufe und Baukosten, als auch qualitative Aspekte wie Gestaltung von Gebäuden,

öffentlichen Räumen und Freiflächen, Beteiligungsverfahren, Wettbewerbs- und Qualifizierungsverfahren, Haltungen oder Wertvorstellungen. Planungs- und Baukultur muss in die Routine politischen, planerischen und baulichen Handelns überführt werden. Hierfür gilt es, eine klare Haltung zu Zielsetzungen und Qualitätsansprüchen an die jeweilige örtliche Planungs- und Baukultur zu entwickeln und diese langfristig zu verfolgen. Im Mittelpunkt steht dabei, die Prozesse zur Planung und Gestaltung städtischer Umwelt qualitativ und erfolgreich durchzuführen und ein hohes Niveau gestalterischer Qualität von Räumen, Orten, Flächen und Gebäuden in der Stadt zu erzielen. Wer baut, ist baukulturell verantwortlich.“ (Deutscher Städtetag 2014)



Abb. 1: „Lernen ist wie Rudern gegen den Strom. Sobald man aufhört, treibt man zurück.“ (Benjamin Britten)

Die Ausführungen verdeutlichen die enorme Bandbreite der Kompetenzen, die zur Umsetzung des Leitbildes der nachhaltigen europäischen Stadt erforderlich sind. Entsprechend bedarf es zur Umsetzung nicht nur Expertenwissens, sondern auch einer einheitlichen Grundlage, um die Basis für integriertes Handeln überhaupt zu ermöglichen. Die Vermittlung eines Grundverständnisses über die unterschiedlichen Handlungsfelder, von Wirkungszusammenhängen und Prozessabläufen ist daher von allen Ausbildungsgängen einzufordern. Hier beobachtet der Deutsche Städtetag nach Konsultation mit einer Reihe von Hochschullehrerinnen und Hochschullehrern in der Tat eine Erosion der Städtebauausbildung, vornehmlich an den Architekturfakultäten, aber auch an einigen der einschlägigen Stadtplanungsfakultäten. Sowohl Städtebaugeschichte als auch Gebäudelehre finden an einer Reihe von Lehrstühlen nicht mehr in der gebotenen Form statt.

Die im Zuge des Bologna-Prozesses durchgeführte Umstellung auf Bachelor- und Masterstudiengänge hat die Vernetzung der einzelnen Fachdisziplinen nicht erleichtert, bietet aber Chancen, dies zukünftig umzusetzen. Der zweistufige Aufbau mit sechs Semestern Bachelor- und vier Semestern Masterstudium ermöglicht den fachübergreifenden Aufbau von Grundlagen (Bachelor) ebenso wie die fachliche Vertiefung (Master). Die



Deutsche Akademie für Städtebau und Landesplanung (DASL) hat hierzu bereits zu Beginn des Jahres 2014 ein Thesenpapier zur Weiterentwicklung der Aus- und Fortbildung erarbeitet. Die daraus zu entnehmenden Zielsetzungen, wie

- Förderung des selbstständigen Lernens und der Kreativität auf Basis theoretischer und planungsmethodischer Grundlagen (Orientierungswissen)
- Konzeptionelles und kompetenzorientiertes Arbeiten
- Spezialisierung mit ganzheitlichem Lernen zu verbinden, Kompetenzkern der Disziplin schärfen
- Professionelle Anwendung des Planerhandwerkszeugs sowie der formellen und informellen Verfahren (strategisches Lernen)
- Verbesserung der interkulturellen und internationalen Kompetenzen (insbesondere EU)

zeigen den Weg in die richtige Richtung. Der Ansatz der fünf Hochschulstandorte Bochum, Dortmund, Ostwestfalen-Lippe, Siegen und Köln, die Kompetenzen in einem Masterstudiengang „Städtebau NRW“¹ zu bündeln, ist ebenfalls positiv hervorzuheben.



Abb. 2: Baustellengestaltung am Bundesministerium für Bildung und Forschung in Berlin (Foto: Jost)

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass aufbauend auf einem breiten Grundlagenwissen zu den historischen und zukünftigen Entwicklungen der Städte, zu Prozessen und Verfahren des Planens, Bauens und Vernetzens eine weitere Vertiefung einzelner Bereiche erfolgen kann und soll. Aufgrund der unterschiedlichen Herausforderungen in den Städten, der örtlichen Akteurskonstellationen und der Berufssparten bedarf es weiterhin eines Expertenwissens, welches fraglos nicht nach sechs Semestern zu erreichen ist. Basiswissen und Fachwissen gehen fließend ineinander über. Grundlagen der Organisation und Vernetzung gehören zur allgemeinen Ausbildung, können aber gleichzeitig auch bis zum Expertentum vertieft werden.

Postgraduale Weiterbildung

Die weitere fachliche Vertiefung erfolgt derzeit oft im beruflichen Alltag. Öffentliche Arbeitgeber und Bürohhaber beklagen häufig eine unzureichende Ausbildung der Absolventen für den konkreten Einsatzbereich. Aufgrund der zuvor aufgezeigten Problematik ist dies durchaus nachvollziehbar, gleichzeitig aber auch kaum vermeidbar. Zu Beginn des Studiums, ebenso wie bei der Wahl der Vertiefung, ist die spätere berufliche Aufgabenstellung noch nicht absehbar. Eine Ausbildung für jede Fallkonstellation kann es somit nicht geben.

Wie die Anforderungen der Architektenkammern an ihre Mitglieder belegen, gehört „Lebenslanges Lernen“ zum Selbstverständnis der Planerzunft. Entsprechend ist anlassbezogenes oder auch regelmäßiges intermittierendes Lernen durch Fortbildungen, Seminare oder auch Hospitationen in anderen Fachbereichen und „learning by doing“ – auch mit Blick auf die häufig wechselnden Anstellungsverhältnisse – eine durchaus zu akzeptierende Herangehensweise. Voraussetzung hierfür sind allerdings eine solide Erstausbildung, um dem Arbeitgeber nicht die Grundausbildung aufzubürden, sondern ihn lediglich zur weiteren Vertiefung des Fachwissens beitragen zu lassen.

Das städtebauliche Referendariat als organisierte Form der postgradualen Weiterbildung stellt seit jeher ein einzigartiges Qualifizierungsinstrument für Führungskräfte in diesem Bereich dar, welches sich nach wie vor an einer hohen Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt erfreut. Bereits 2013 wurde von Hochschullehrerinnen und Hochschullehrern der deutschen Städtebaulehrstühle gemeinsam mit der DASL, den Stadtbaurätinnen und -räten deutscher Städte sowie dem Prüfungsausschuss Städtebau des Oberprüfungsamtes zur Stärkung des Technischen Referendariats aufgerufen. In der Veröffentlichung „Die Zukunft des Städtebaureferendariats in der SRL Planerin 4/2014“ durch Herrn von der Mühlen und Frau Nürnberg werden Konzepte zur Neupositionierung aufbauend auf einer Studie des Difu aus dem Jahr 2011 zu den folgenden fünf Handlungsfeldern aufgezeigt:

- Rahmenbedingungen,
- Marken- und Imagebildung,
- Ausbildung und Prüfung,
- Bündnis Technisches Referendariat,
- Informations- und Öffentlichkeitsarbeit.

Teilweise wurden die Maßnahmen bereits umgesetzt. So wurden zwischenzeitlich ein Leitbild für das technische Referendariat entwickelt, ein neuer Internetauftritt auf der Seite des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur eingestellt sowie ein Zertifikat als Ergänzung zum Prüfungszeugnis entwickelt, um gegenüber der Privatwirtschaft und nicht staatlichen Organisationen den Mehrwert des Städtebaureferendariats zu verdeutlichen.

Ein erfolgreich abgeschlossenes Städtebaureferendariat ist immer noch die Voraussetzung für eine Führungs- oder Lei-

¹ Vgl. <http://www.master-staedtebau-nrw.de/>



tungsposition in vielen öffentlichen Verwaltungen. Aufgrund der geringen Anzahl an Personen mit dieser Qualifikation auf dem Arbeitsmarkt, aber auch infolge der politisch motivierten Besetzung vieler Stellen, werden diese allerdings zunehmend anders besetzt. Es bleibt somit der Appell an die Bundesländer, das städtebauliche Referendariat zu stärken und weiter auszubauen. Die Absolventen sind durch ihre postgraduale Weiterbildung ein wichtiger Baustein einer qualifizierten und handlungsfähigen kommunalen Verwaltung.

Bildung aller an der Stadtentwicklung beteiligten Gruppen

Neben der Ausbildung der im Städtebau tätigen Berufsgruppen muss an dieser Stelle auch die Weiterbildung aller an der Stadtentwicklung beteiligten Gruppen angesprochen werden. Hierzu zählen sowohl Entscheider und Stakeholder in der Stadt (Stadträte, Multiplikatoren Unternehmensinhaber, Eigentümer etc.), die in der Bauausführung tätigen Personen und Berufsgruppen als auch die breite Öffentlichkeit.



Abb. 3: Weiterbildung im Berufsalltag – hier die Weimarer Mietrechtstage des Deutschen Mieterbundes und des vhw

Die Zukunftsfähigkeit der Städte hängt auch von einem gemeinsam getragenen Verständnis aller Beteiligten ab – gleich ob nun Stadtentwickler oder Stadtnutzer. Die in den Leitbildkonzepten oft gestellte Frage „Wie wollen wir zukünftig leben?“ ist nicht nur die Frage nach Quantität und Qualität der Infrastruktur und des öffentlichen Raums, sondern auch nach einem gemeinsamen gesellschaftlichen Grundverständnis und zukünftigen Zielen und Strategien der Entwicklung. Bildung ist einer der Schlüssel, um sich ein qualifiziertes Urteil bilden zu können und sich selbst in den ständigen Prozess des Wandels innerhalb der Stadt einbringen zu können.

Empfehlungen zur Anpassung

Zurück zur Ausgangsfrage in der Überschrift: „Die geplante Stadt oder die Stadt als Planer – Was sind die Anforderungen der kommunalen Praxis an die Aus- und Weiterbildung

in der Stadtentwicklung?“ Wie zu erwarten, gibt es in dieser Frage keine eindeutige Position – sowohl Stadt als auch Planung beeinflussen sich gegenseitig. Weder der omnipotente Stadtbaumeister noch der hochvernetzte „Schnittstellenjongleur“ entsprechen vollständig den Anforderungen und können allen Herausforderungen, die Stadt heutzutage an diese Berufsgruppe stellt, gerecht werden. Im Sinne des integrierten Handlungsansatzes der Leipzig Charta sind vielmehr fach- und ressortübergreifende Teams aus Experten gefragt, die alle ein gemeinsames Grundverständnis für den jeweils anderen mitbringen. Nur wenn sich die Fachleute auf Augenhöhe begegnen, diskutieren und Lösungsansätze erarbeiten, können sie im Sinne der nachhaltigen europäischen Stadt optimale Lösungen erarbeiten.

Dies wiederum erfordert von den Hochschule den „Spagat“ zwischen einerseits der Vermittlung von genügend Grundlagenwissen, um alle Planer sprachfähig gegenüber den anderen Fachbereichen zu machen, und andererseits die Möglichkeit zur Vertiefung und Bildung eines Expertentums in den jeweiligen Fachbereichen. Hierfür sollten die Chancen, die sich aus den Möglichkeiten des zweistufigen Studienaufbaus aus Bachelor und Master ergeben, ebenso genutzt werden wie die Optionen einer postgradualen Weiterbildung durch das Städtebaureferendariat oder weiterer dualer Studiengänge, die die Verbindung zwischen Theorie und Praxis befördern.

Erste vielversprechende Ansätze, wie durch die Kooperation unterschiedlicher Hochschulen, werden bereits erprobt. Weitere Diskussionen zu Verbesserungen stehen an, eine Vielzahl weiterer Positions- und Arbeitspapiere ist in Arbeit. Der diskursive Umgang und die offene Auseinandersetzung untereinander sind der Planerzunft immanent. Insofern sind der Austausch und die Selbstreflexion ein geübter Bestandteil des Berufsbildes und verglichen mit anderen Berufen besser als ihr Ruf. Es bleibt somit zu hoffen, dass die teils kontroversen Diskurse in näherer Zukunft auch zu konsensual getragenen sichtbaren Ergebnissen bei der Ausbildung führen.

Hilmar von Lojewski

Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bauen, Wohnen und Verkehr für den Städtetag Nordrhein-Westfalen und den Deutschen Städtetag, Berlin/Köln

Dr.-Ing. Timo Munzinger

Referent für Integrierte Stadtentwicklung, Regional- und Landesplanung, Raumordnung, Stadtplanung, Städtebau, Architektur und Stadtgestaltung beim Deutschen Städtetag, Berlin/Köln

Quellen:

EU Ministerrat (2007): Leipzig Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt. Leipzig

Deutscher Städtetag (2014): Positionspapier Planungs- und Baukultur in der integrierten Stadtentwicklung. Köln